

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 21 (1941-1942)
Heft: 8

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Haltung und Erfüllung bestimmt, er mußte seinem Ziel entgegen, nach dem Gesetz, darnach er angetreten.

Dem totkranken Lavater hatte Herder über alle Trennung hinweg noch schreiben wollen, kam aber zu spät. Goethe hingegen schrieb schon 1786, nach dem letzten Zusammentreffen mit Lavater in Weimar, er sei nun „Haß und Liebe auf ewig los“. Unter den Empfängern von Lavaters Abschiedsgrüßen, die auf dem Sterbelager geschrieben, fehlt Goethe.

Ihre Trennung war schicksalhaft. Vergleiche fallen dahin. Doch darf gesagt sein, daß Lavater Großes, Größtes gewollt und getan hat. Er war Mensch mit Widersprüchen — und es konnte nicht anders sein. Er suchte die Mitte, die Synthese von Geist und Glaube. Was für ihn Mitte und Angelpunkt war, bleibt immer neu zu ergreifende Aufgabe. Vergessen wir aber nicht, daß er als Kämpfer mutig auf dem Plane war, als ein Wagender und Opfernder in der Zeit der erhabenen Klassik.

Politische Rundschau

Zur Lage.

Am 25. November vereinigten sich in Berlin die Unterzeichneten des vor fünf Jahren, am 25. November 1936, in derselben Stadt abgeschlossenen Antikominternpaktes zu einem feierlichen Staatsakt. Er galt der Erneuerung jenes Vertrages auf eine weitere Frist von fünf Jahren. Unverkennbar ist dabei die Wechselwirkung zwischen Vertrag und Handlung; denn wenn der Antikominternpakt nach seiner ursprünglichen Erfassung sich durchaus auf ideologischem Felde bewegt hatte, so wurde er, teils unwillkürlich, teils gewollt in jene durchaus reale Beziehung zu dem ideologischen Zentrum seines Objektes, des Kommunismus, gebracht, zu Moskau, die wir, nicht zufällig gewiß, dieser Tage erleben, da die Stadt im Brennpunkt der militärischen Kraftentfaltung steht. Nichts auch hätte die gewaltige Entwicklung seit jenem längst vergessenen Tage des 25. November 1936 anschaulicher dartun können — es war der spanische Bürgerkrieg, der damals das Blickfeld beherrschte — als die Vereinigung, die sich zu diesem Staatsakt zusammensand. Die Japaner hatten sich eingefunden. Im übrigen war nun tatsächlich alles vertreten, was sich unter dem nicht nur ideologischen, sondern militärischen und politischen Begriff des „Neuen Europa“ ansprechen läßt — alle jene Staaten also, die seither und inzwischen von den mächtigen Ausstrahlungen der Achse und ihrer Machtpolitik — besser des Großdeutschen Reiches — erfaßt und eingezogen worden sind. Ein buntes Bild! Zu den Vertretern der Länder, deren Teilnahme infolge der Entwicklung des parallelen Dreimächtepaktes ohne weiteres gegeben erschien — wie Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Kroatien, die Slowakei —, ferner Spanien, gesellten sich diesmal Dänemark und Finnland. Was Spanien betrifft, so handelt es sich hier um ein Land, das, wie unlängst von informierter Seite bemerkt wurde, mit dem Reiche

„mehr als verbündet“ sei und das vielleicht in nächster Zeit zu einer — wenn auch im Grunde durchaus passiven — für seine Zukunft immerhin entscheidenden Rolle im Ablauf des Krieges berufen sein wird. Dänemark gibt zu keinen besonderen Bemerkungen Anlaß. Dagegen mußte die Teilnahme Finnlands notwendig zu verschiedenen Kommentaren führen. Diese sind denn auch nach der erwarteten Richtung eingetroffen. Und sie waren keineswegs freundlich. Nun mag dies wohl in den ungeheuren Anspannungen und Anforderungen begründet sein, welche der Ablauf des Krieges zunehmend an seine Teilnehmer stellt und an jene, die auf dem Sprungbrett zur Intervention stehen; allein der Neutrale wird gleichwohl nicht nur dem Falle Finnlands Verständnis, sondern dem bitter geprüften Lande selbst volle Sympathie entgegenbringen. Denn diesem Lande ist wahrlich nichts erspart geblieben. In die noch offenen Wunden des Winterkrieges 1939/1940 trafen die grausamen Schläge des neuen Kampfes, dem es doch tatsächlich nicht ausweichen konnte. Die Entwicklung hat in ihrem tragischen Verlauf bereits so weit geführt, daß das Land im Begriffe steht, in der immer schärfer werdenden Gegnerschaft der beiden kriegführenden Gruppen buchstäblich zerrieben werden. Dabei sind in letzter Linie nicht einmal entscheidend der militärpolitische Druck, dem Finnland von seiten des Reiches ausgesetzt ist, noch der sich verstärkende diplomatische Druck von der Seite der britisch-amerikanischen Koalition. Schließlich möchte dies alles noch irgendwie angehen, wenn nicht das andere wäre. Das andere aber ist die Tatsache, daß dieses Land in einem Grade Hunger leidet, der im Verein der leidenden europäischen Klein- und Mittelstaaten nur noch von dem allerärmsten — Griechenland — übertroffen wird. Während hier die „Ernährungslage sich anders als mit dem Begriff „Hungerstot“ nicht erfassen läßt — wie schmähtlich dankt Europa dem Genius seiner Kultur! —, hören wir von Finnland, daß dort beispielsweise Fleisch überhaupt nicht erhältlich sei, während sich die Ernährung der Bevölkerung im Gesamten durchschnittlich auf einem Zwanzigstel der unsrigen bewegt! Allein — so will es das Gesetz des Krieges — auch all' dies Schreckliche wird die Kriegführenden nicht im geringsten auf dem eingeschlagenen Wege dem Lande gegenüber aufhalten können. Was aber uns betrifft, so täten wir gut, Tag für Tag diese Verhältnisse, deren europäische Beispiele sich ja unschwer vermehren lassen, uns in das Gemüt zu führen und diesen Maßstab unseren täglichen Vergleichen zuzulegen, nicht jenen andern, den wir von früher her stets gerne und ausgiebig bereit halten.

Wir denken, über solche Dinge werde in diesen Tagen nicht weniger gesprochen werden unter den Staaten, die in Berlin versammelt sind, als über den Gedanken, der die große Konferenz als solche kennzeichnet. Das britische Empire und die Vereinigten Staaten haben einen eisernen Ring der Blockade um unseren europäischen Kontinent gelegt. Begrenzt im Süden durch die ungefähre Linie Tschadsee — Syrien, im Norden mit Labrador, Grönland, Island, ist der Kontinent eingeschlossen, und die zwei Türen — die türkische im Osten und die portugiesische im Westen — sind einer unumgeharen Kontrolle unterworfen. Wir wissen das nachgerade ja aus Erfahrung. Der europäische Kontinent leidet, und er wird noch viel leiden müssen, bis der Tag des Friedens gekommen ist. Gewiß stehen weite und täglich weitere, teils

sehr fruchtbare Räume dem Beherrscher des Kontinents — und nur diesem — im Osten offen. So steht es in seinem Belieben allein, wie er über die Erträgnisse verfügt, die vielleicht von dort einmal kommen werden. Denn die Organisation und Ruhbarmachung jener Felder erfordert nicht nur intensivste Arbeit — sie erfordert Jahre. Dies gilt nicht nur für den Neuaufbau der Industrie. Die landwirtschaftlichen Maschinen sind größtenteils zerstört oder weggeschafft, die qualifizierten Kräfte weggeführt, das Saatgut muß — mitten im Kriege! — erst beschafft werden. So wird man diese östlichen Dinge mit Vorsicht bewerten. Einstweilen jedenfalls werden sie durchaus beherrscht von den rein militärischen Erfordernissen eines Feldzuges, der weit davon entfernt ist, abgeschlossen zu sein. Indessen tritt der Krieg zunehmend in die Phase der potentiellen und der geographischen Ausweitung. Er geht damit zweifellos seinem Höhepunkt entgegen. Von 21 europäischen Ländern stehen heute 17 im Kriege. Bleiben Spanien, Portugal, Schweden, die Schweiz. Die ersten beiden fallen als Neutrale aus. Portugal ist mit Großbritannien in einer Allianz verbündet. Bleiben Schweden und die Schweiz . . .

So wird unsere Aufgabe klar — in ihrer ganzen Schwere, aber auch in ihrer ganzen Größe. Sie wird gelöst, indem wir Europa wahrhaft dienen, in Bescheidenheit, Hilfsbereitschaft, Disziplin unserer großen Aufgabe treu bleiben, fern aller ideologischen oder politischen Parteinahme nur auf eines täglich stets neu bedacht, zu diesem einen aber unerschütterlich entschlossen — was auch kommen mag — ein unabhängiges, ein freies Land zu bleiben.

Frankreich und besetzte Gebiete.

In der Berichtsperiode standen die französischen Probleme zunehmend zur Diskussion, je näher der Beginn der Auseinandersetzung auf dem nordafrikanischen Kriegsschauplatz sich zu erfüllen schien. Der Jahrestag von Montoire (24. Oktober) ist in der Stille begangen worden. Allein der Druck auf das Land verstärkte sich unverkennbar — und zwar von beiden Seiten. Als Auswirkung der Attentate, die zu den bekannten Geiselerchießungen geführt hatten, erging am 30. Oktober das Verbot des Abhörens bestimmter ausländischer Sender, also insbesondere der britischen, auch im unbesetzten Frankreich. In der Folge nahm der Marschall gewichtige Änderungen in der Zusammensetzung des — beratenden — französischen Nationalrates vor. Inzwischen verschärfte sich das Verhältnis zwischen Vichy und den Westmächten zunehmend. Am 4. November stellten die Engländer einen französischen Geleitzug am Kap; kurz darauf berichtete der Admiral Platon über die immer schlechter werdenden Verhältnisse in Djibouti. Die Besetzung droht der britischen Blockade zu erliegen. Bezeichnend für die Stimmung großer Teile der Bevölkerung war dabei das Verbot von Kundgebungen am Waffenstillstandstag des 11. November in Frankreich. Der am 12. November erfolgte Tod von General Hünzinger vermochte unter den gegebenen Umständen nur jene Entwicklung zu beschleunigen, die schon längst zu erkennen war: am 20. November trat General Wehganb als Generaldelegierter in Nordafrika zurück, sein Amt wurde aufgehoben. Die Amerikaner haben darauf die Belieferung Nordafrikas eingestellt. Die Maßnahme ist nicht nur interessant als Reaktion, sondern

auch deshalb, weil informierte Kreise schon vor längerer Zeit von der Möglichkeit einer amerikanischen Landung in Dakar sprachen. So ist Bichy nach wie vor — und zunehmend mit der Verschärfung des Krieges — zwischen zwei Feuern.

„Die zweite Front“.

Im nahen geographischen und politischen Bereich dieser Ereignisse ist mit dem 19. November die „zweite Front“ aufgebrochen, die in den letzten Monaten vom britischen Empire mit gesteigerter amerikanischer Hilfe aufgerichtet war und die Stalin am 7. November aufgerufen hatte. Die Rückwirkungen der Kampfhandlungen in Nordafrika können nicht nur im Nahen Osten bedeutungsvoll werden! Voraus ging ihnen neben der immer lästiger werdenden britischen Aktivität im Mittelmeer — am 10. November kostete diese den Italienern einen ganzen Geleitzug — die systematische Bombardierung süditalienischer Städte, vor allem von Neapel, Catania und Brindisi, die sich nicht allein aus dem Bedürfnis erklären läßt, die Verschiffungshäfen nach Tripolis zu treffen! Die Verluste der Zivilbevölkerung waren denn auch ziemlich hoch; es soll dies, so hört man, zu einem Teil auf ungenügende Luftschutzmaßnahmen zurückzuführen sein. Mit der Offensive in Nordafrika treten die britischen Truppen nun zum ersten Mal seit Dünkirchen der deutschen Armee gegenüber und mit entsprechendem Interesse auch verfolgt die Welt den Ablauf der Ereignisse, der zudem für viel amerikanisches Material buchstäblich die Feuerprobe bedeutet. Kombinationen der politischen Strategie an Kampfhandlungen zu knüpfen, wenn sie noch kaum richtig in Fluß gekommen sind, ist freilich müßig und wäre ebenso naiv wie die Vorbeeren, die in dieser Sache von gewissen Londoner Berichtern in neutralen Ländern in freigelegter Weise herumgestreut werden. In der Türkei freilich, wo unlängst hohe Minister, unter ihnen der Ministerpräsident, in das Dunkel eines unabgeklärten Urlaubs gingen, hält man den Atem an.

Der deutsch-russische Krieg.

Einstweilen ist das Problem noch durchaus offen, ob und wie weit die Aktionen der „zweiten Front“ geeignet sind, in bestimmbarer Zukunft auf die Front im Osten rückzuwirken. Dort hat sich in der Berichtsperiode Bedeutendes ereignet. Nach der Ende Oktober erfolgten Einnahme der Stadt Charkow ist nun auch Nowotomarsk gefallen, und mit ihm die Zentrale der Verbindungen vom und zum Kaukasus. Die Russen werden damit wieder vor eines der heiklen Probleme gestellt, die aus der Ferne unlösbar erscheinen und die dann aber von den listigen Bolschewisten doch auf einmal irgendwie gelöst sind, wie es beispielsweise mit Petersburg geschah, das, obwohl eingeschlossen, seit über zwei Monaten standhält. Im Verlaufe wurde ferner die Krim mit Ausnahme von Sebastopol erobert, das seinerseits die Rolle Odessa's wieder aufzunehmen im Begriffe steht. Nun sind auch die Aktionen gegen Moskau wieder in Fluß gekommen, und es ist gelungen, die Front der Stadt in für diese bedrohlicher Weise zuzunähern. Im Norden freilich ist es still geworden, und man könnte beinahe zum Eindruck kommen, als sei die Absicht, die Bahn von Murmansk mit all ihren Transporten abzuschneiden, aufgegeben — wenigstens finnische r-

seits. Hier haben die Besprechungen mit dem Staatsdepartement in Washington trotz der äußeren Divergenzen tatsächlich einen gewissen Niederschlag gefunden. Was aber wird die Zukunft bringen in diesem gigantischen Krieg der Winterkälte, der Schneestürme, der deutschen Blockhäuser? „Ein jeder solcher Schritt“ — sprach Adolf Hitler am 3. Oktober im Berliner Sportpalast — „öffnet ein Tor, hinter dem sich nur Geheimnisse verbergen, und erst die Nachwelt weiß genau, wie es kam und was geschah“.

Die Erfahrung hat die Richtigkeit dieser Worte immer wieder erwiesen. Die russische Armee ist sehr erheblich geschwächt an Menschen und an Material — und gerade dieses erscheint zur Zeit unerlässlich. Aber immer noch ist sie nicht niedergeworfen. Deshalb gehen die Kämpfe dieses November, wie großangelegt sie sich auch ausnehmen mögen, tatsächlich um die Sicherung einer Linie, auf welcher der Winter überdauert werden soll. In deutschen Kreisen erhob man die Variante Don-Linie, Donez-Linie oder Wolga-Linie zur Beurteilung. Die Donez-Linie dürfte heute im Wesentlichen erreicht sein. Es stellt sich also weiter die Frage des Kaukasus. Was Moskau betrifft, so ist die Einnahme der Stadt heute wahrscheinlich; doch haben die Russen seit dem Beginn der großen deutschen Offensive am 2. Oktober inzwischen — setzt man ungefähr die bisher vorliegenden Erfahrungen ein — Zeit gefunden, zu evakuieren und rückwärtige Stellungen vorzubereiten. Das Frühjahr wird deshalb unzweifelhaft die Wiederaufnahme der Kämpfe sehen, die nun in allernächster Zeit, soweit größeres Ausmaß in Frage kommt, eingeschränkt werden. Sie haben gewaltige Erfolge, unvorstellbare Schlachten, unübersehbare Beute an Menschen und Material, Heldentum ohnegleichen — aber keine Entscheidung gebracht.

Die westlichen Alliierten.

So hat Großbritannien mit dem Feldzug der fünf Monate erreicht, was optimistische Schätzungen des westlichen Sektors am 22. Juni als maximal erreichbar bezeichneten. Seit mindestens sechs Monaten ist die britische Insel im wesentlichen unbelästigt von feindlicher Einwirkung geblieben. Es war die Zeit, die zum Ausbau der Organisation gegen die Invasion und zur Wiederaufnahme und Verstärkung der Rüstungsproduktion genützt werden konnte. Man schätzt die britische Streitmacht allein, also ohne Empiretruppen, heute auf ungefähr 50 Divisionen, von denen allerdings ein Teil außerhalb des Mutterlandes eingesetzt ist oder bereit gehalten werden muß. Die „Schlacht im Atlantik“ ist noch unentschieden; allein die Chancen neigen sich, seitdem die Flotte der Vereinigten Staaten zu aktiver Unterstützung übergegangen ist, vielleicht eher nach der westlichen Seite. Inzwischen ist Roosevelt auf dem Wege zur Intervention weiter fortgeschritten. Am 28. Oktober produzierte er seine „Geheimdokumente“, die Berlin zu einer scharfen Reaktion veranlaßten. Die Revision, besser Aufhebung des Neutralitätsgesetzes ist durchgeführt und bereits in Kraft; beachtlich blieb, daß das Repräsentantenhaus die Vorlage am Ende mit der sehr schwachen Mehrheit von 212 gegen 194 Stimmen angenommen hat — damit erscheint gleichzeitig die den Engländern zögernd erscheinende „Schritt für Schritt-Politik“ des Präsidenten vom inneren Gesichtspunkt der U. S. A. gerechtfertigt; denn die ideologische Bruchstelle, die mit dem Kriegseintritt der Sowjetunion sich entwickelte, ist zweifellos in den U. S. A. noch keineswegs vernarbt. Man wird

deshalb nicht stürmische Entwicklungen in diesem Sektor erleben; das Hauptgewicht des amerikanischen Kriegsbeitrages wird nach wie vor in die Beschaffung der materiellen Rüstung für die Alliierten, nun freilich weiter in die Bejorgung der Transporte zum Bestimmungsort, gelegt sein. Hier ist es Roosevelt in den letzten Tagen gelungen, erstmals in einer gefährlichen Streikbewegung — gefährlich im Ausmaß, in ihrer Schlüsselstellung, in der Persönlichkeit ihres Führers Lewis — einen vollen und prinzipiellen Erfolg zu erzielen, dessen Auswirkungen bedeutend sein können.

Auf dem britischen Sektor der westlichen Front ist vorab der am 14. November erfolgte Verlust des Flugzeugträgers „Ark Royal“ zu erwähnen. Im allgemeinen war die britische Aktivität bis zum Beginn der nordafrikanischen Offensive ziemlich gering. Am 8. November und in den angeschlossenen Nächten flog die R. A. F. mit sehr starken Kräften gegen das Reichsgebiet; allein die Verluste durch die immer schlagfertige Abwehr waren derart schwer, daß die Aktion bis heute nicht wiederholt worden ist. Dagegen erschien die Unsicherheit auf dem militärisch-politischen Sektor in England bis vor kurzem noch nicht überwunden, obwohl „Auf und Ab“ sich nun verschiedene Monate abzulösen pflegen. So meldete der Draht am 29. Oktober eine plötzliche Verschlimmerung des Beaverbrook'schen Asthmaleidens, und alle Welt rechnete nun mit dem Rücktritt des Mannes, dem die britische Rüstungspolitik anscheinend viel, wenn nicht alles, zu verdanken hat. Nach wenigen Tagen sprach kein Mensch mehr davon. Dagegen erschienen am 19. November, gerade zur Zeit der Einleitung der umfangreichen Operationen in Nordafrika, neue Männer im britischen Reichsgenerallstab, und Sir John Dill, der seinerzeit mit Eden den Nahen Osten bereist hat und jedenfalls in den nordafrikanischen Angelegenheiten Bescheid wußte, erhielt „wegen Erreichung der Altersgrenze“ den Abschied, derweil ihm ein um volle zwei Jahre Jüngerer im Amte nachfolgte. Der abtretende Generallstabchef quittierte mit einem sauer süßen Abschiedsmanifest.

Der Ferne Osten.

Ähnlich wie der englischen Politik im Innern geht es der japanischen im äußern Sektor. Auch hier ist das „Auf und Ab“ scheinbar zum Prinzip erhoben. Allein hier erscheint es wohl berechnet. Jedenfalls ergibt sich, daß die Leute richtig überlegten, denen der Wechsel des japanischen Kabinettes nicht als ein kriegsförderndes Ereignis erscheinen wollte. Zudem taten die Vereinigten Staaten vorerst eine Geste, indem sie die Lieferungen über Wladivostok — zumindest in dem bisherigen Umfange — aufgaben und sie über Archangelsk zu leiten sich ansahen. Die Verhandlungen zwischen Japan und U. S. A. erschienen allerdings noch am 4. November als „virtuell suspendiert“ und man munkelte hörbar in der Welt von einem Vorstoß gegen Burma. Allein bereits am 16. November erschien ein neuer japanischer Sonderbevollmächtigter, Kurusu, in Washington, und seit diesem Tage finden Besprechungen statt, deren Bedeutung jedenfalls aus der Tatsache ersichtlich ist, daß bereits die Vertreter der andern im Pazifik interessierten Staaten (also BGD) indirekt zugezogen werden. Und am 17. November hielten Japans Ministerpräsident und Außenminister vor dem Reichstag persönliche Reden, in denen betont wurde, „eine freundschaftliche Lösung der Schwierigkeiten sei keineswegs unmöglich“. Dabei fällt immer stark ins Gewicht, daß die Entscheidung auf dem russischen Sektor bisher

nicht gefallen ist; es erscheint außer Zweifel, daß die japanische Politik alles Interesse daran hat, sich vorher endgültig nicht festzulegen. Diese Tendenz ergibt sich auch deutlich aus der Erklärung zur Erneuerung des Antikominternpaktes, worin der Neutralitätspakt mit Rußland (13. April 1941) ausdrücklich vorbehalten bleibt. Unter diesen Umständen ist das Interesse allgemein, das die japanisch-amerikanischen Verhandlungen begleitet, zumal die U. S. A. gerade in diesen Tagen durch die Besetzung von Holländisch-Guayana in besonderer Weise auf die schwebenden Verhandlungen eingewirkt haben.

Zürich, den 26. November 1941.

Jann v. Sprecher.

Schweizerische Umschau.

Volkszählung / Wir Steuern rote Kappen.

Gewiß: „Der wichtigste Beweggrund, die 1940 ausgefallene Volkszählung so bald wie möglich nachzuholen, liegt“ — wie die „NZZ“ schrieb — „darin, daß die großen wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen der gegenwärtigen Kriegs- und der hoffentlich bald einmal wiederkehrenden Friedenszeit nicht mehr auf die Ergebnisse der Zählung von 1930 abstellen können, sondern statistischer Grundlagen bedürfen, die den gegenwärtigen Bevölkerungsstand in seinen verschiedenen Merkmalen wiedergeben.“ Darnach soll also dem Volke und dem Staate aus der Zählung ein Nutzen erwachsen, vielleicht eine günstigere Verteilung der Nahrungsmittel auf die verschiedenen Alters- und Berufsgruppen, vielleicht ein besserer Schutz der Familie, vielleicht der Neuaufbau eines vernachlässigten Wirtschaftszweiges oder eine wirksamere Verfügung über die militärischen Machtmittel. Aber trotzdem mag ich mich nicht erinnern, daß jemand über eine Volkszählung Begeisterung befundet hätte. Die Stimmung unter den Leuten ist vielmehr ausgesprochen kühl; sie pendelt höchstens zwischen einem gewissen Interesse und einem gewissen Mißtrauen hin und her. Jedermann fühlt es eben, daß es da mit obrigkeitlicher Gewalt nahe an das Leben heran geht. Der Staat auskulturiert sein Volk, und ein untrüglisches Gefühl sagt dem Bürger, daß er dabei nicht nur auf seine Wohlfahrt bedacht ist, sondern auch wissen will, zu welchen Zwecken ihm die Leute dienstbar sein können. Wer aber bietet Gewähr dafür, daß diese Zählung immer guten Zwecken dient? So lassen sich die gemischten Gefühle wohl begreifen. Sie sind nicht nur unseren Tagen eigen. „Schon die Bibel redet an verschiedenen Stellen von einem solchen Ereignis, aber ihr Urteil darüber ist ein schwankendes, und es wäre schwierig, aus ihrem Buchstaben die Berechtigung einer solchen Maßregel nachzuweisen“, sagte Pfr. J. Wisßmann am St. Peter zu Zürich in einer ehemals viel beachteten Predigt über „Die Volkszählung im Lichte des Christentums“ (1894) und führte das mit den folgenden Sätzen näher aus: „Wohl steht ja in unserem Texte (= IV. Moje, 1, 18 u. 19) unzweideutig geschrieben, daß Gott dem Moses befohlen, sein Volk zu zählen. Aber als später dem König David das Gleiche einfiel, da schrieb das zweite Buch Samuelis (= 2. Sam. 24, 1 ff.), der Zorn Gottes habe sich gegen Israel gewendet und den König gereizt, sein Volk zu zählen, und das erste Buch der Chronik (= 1. Chronik, 21, 1 ff.), das sich erinnern mochte, es sei doch nicht sehr fromm, Gott zuzutrauen, daß er jemand zum Bösen reize, korrigierte sodann, der Satan habe dem David jenen Gedanken eingegeben. Offenbar fürchtete das Volk, es sei bei jener Zählung mehr auf die Befriedigung der Kriegslust und des stolzen Machtgefühls des Königs, als auf seine eigene Wohlfahrt und Sicherheit abgesehen. Auch

zu Moses Zeiten schon scheint dem Volke eine Zählung als etwas Unheimliches vorgekommen zu sein, sonst würde es wohl nicht im zweiten Buche Moses (= 2. Mose) heißen: „Wenn Du die Häupter der Kinder Israel zählst, so soll ein jeder dem Herrn ein Sühnopfer bringen, daß ihnen nicht eine Plage widerfahre, wenn sie gezählt werden.“ Und wenn im Neuen Testament (Lukas 2, 1) die Geburt unseres Erlösers in Bethlehern mit einer Schätzung in Zusammenhang gebracht wird, welche Kaiser Augustus angeordnet habe, so ist soviel sicher, daß die Juden an einer solchen Schätzung und Zählung durch den heidnischen Kaiser keineswegs Freude hatten, sondern alles Böse dahinter suchten.“ Eine Volkszählung ist also ein zweiseitiges Schwert in der Hand der Obrigkeit, und uns bleibt nur die Hoffnung, daß die Hand, die es führt, zum Besten des Volkes gelenkt werde.

Nun werden also die Volkszähler am ersten Tage des kommenden Christmonates die Städte, Flecken und Dörfer durchziehen, in den Wohnungen, denen sie mit Sorgfalt nachforschen, ihre Zählarten abgeben und wieder einsammeln, den Unkundigen Rat erteilen und bereits auch schon die ersten Handreichungen tun, um die Resultate des großen Zählungswerkes zu fördern, — alles, wie es das Bundesgesetz vom 3. Februar 1860 betreffend die Vornahme und periodische Wiederkehr einer neuen eidgenössischen Volkszählung und die Bundesratsverordnung vom 4. September 1941 haben wollen. Gefragt wird auch diesmal wieder nach Namen, Geschlecht, Alter, Zivilstand, Konfession, Bürgerrecht, Beruf, Stellung in der Haushaltung, Wohnsitz. Die Sorgen der Gegenwart spiegeln sich aber auch an dieser Stelle wider, denn neuerdings interessiert sich der Staat auch für den erlernten Beruf und den Familienbestand. Schon am 17. Dezember müssen dann die Zahlen der gemeindlichen Wohnbevölkerung an das Eidgenössische Statistische Amt berichtet sein, so daß wir bereits als Weihnachtsgeschenk wenigstens die rohen Ergebnisse erwarten dürfen. Die eigentliche Verarbeitung des großen Materials dagegen, welche das neue Eidgenössische Volkszählungsbureau im Palais Wilson zu Genf besorgt, zieht sich dann natürlich noch auf Jahre hinaus. Wenn es dabei nach den Erwartungen geht, zählt die Schweiz gemäß der seit 1930 gepflogenen Fortschreibung eine Wohnbevölkerung von 4 217 400 Seelen gegenüber 4 066 400 Seelen im Jahre 1930; der Altersaufbau, der in der graphischen Darstellung normalerweise einer Pyramide gleichen sollte, wird die Form einer Urne annehmen, wie an der Jahresversammlung der Statistischen Gesellschaft im Jahre 1938 dargetan wurde, und so für die fortschreitende Überalterung des Volkes symbolhaften Charakter tragen (Zeitschrift für schweiz. Statistik 1938 II.); auch ist mit einem prozentualen Fortschritt des katholischen Bevölkerungsteiles und mit einem scharfen Rückgang der Ausländerzahl zu rechnen. Natürlich wird auch die Feststellung nicht ausbleiben, daß sich wiederum die großen Städte eine viel größere Bevölkerungsvermehrung zugelegt haben als etwa die kleineren Städte oder gar die Dörfer, so daß also die Verstädterung fortschreitet. Der Kuriosität halber möchte ferner darauf hingewiesen sein, daß im Zählungsergebnis nun erstmals auch die Besatzungen unserer Seeschiffe erscheinen werden, falls diese neuen schweizerischen Hoheitsgebiete nicht vergessen werden, wie es nach der bundesrätlichen Verordnung den Anschein haben könnte.

Die heurige Volkszählung fällt insofern etwas außer den Rahmen der übrigen, als sie nicht in das seit 1850 befolgte Schema der Zählung von zehn zu zehn Jahren hineinpaßt; daran, daß sie nicht anno 1940 stattfand, sind die Volksverschiebungen und die Unruhe des Krieges schuld. Aber sie fällt nun in das 650. Jahr der Eidgenossenschaft (— ein Trost für alle, welche ordnungsgemäß nach dem Dezimalsystem denken!) und hat hoffentlich die Aussicht, daß ihre Ergebnisse unter dem frischen Eindruck des neuen Treueschwurs zur Heimat ausgewertet werden.

* * *

Die Warenumsatzsteuer
Scheint als Ungeheuer
Überall umherzuirren
Und die Geister zu verwirren.
Alles Neue ist verhaßt,
Und wer sich mit ihr befaßt,
Weiß am Ende ganz und gar
Nicht mehr, wie der Anfang war.

Der unbekannte Dichter dieser amüsanten Verse, die wir in der „Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung“ lasen, wollte damit offenbar sagen, daß die Bestimmungen des „Bundesratsbeschlusses über die Warenumsatzsteuer“ vom 29. Juli 1941 so kompliziert seien, daß am Ende ihres Studiums niemand mehr daraus komme. Er kann recht haben, wußte doch das „Journal de Genève“ jüngst zu berichten, daß selbst die in Bern zuständigen Beamten, meistens Juristen ohne kaufmännische Erfahrung, die Materie nicht à fond beherrschten. Um so dankbarer darf man sein für die Kommentierung der 56 Artikel durch die Sachverständigen Dr. Hans Herold (im Verlag für Recht und Gesellschaft AG. in Basel) und Dr. Paul Hagenbach bei Schulthess & Co. in Zürich). (Wir verweisen übrigens auch auf die Darstellung von Dr. Hans Herold in unserem Septemberheft: „Die eidgenössische Umsatzsteuer“, S. 268—282.) — Jene Verse lassen sich aber auch darauf beziehen, daß viele Mitbürger nun auf einmal nicht mehr zu wissen scheinen, aus welchen Gründen der Bundesrat gezwungen war, diese Steuerquelle anzuzapfen. Vergißt man doch bei uns so leicht und gern, in was für einer Zeit wir leben, und möchte doch beinahe jedermann gerne leben, als ob nicht Krieg wäre! Wenn es sich nicht so verhielte, wie ließe sich dann der Entrüstungsturm erklären, der über das Steuergebot seit seinem Inkrafttreten dahingebraust ist? Wir steuern keine roten Rappen, nein! so heißt es weitherum. Und die sozialistischen Ratsmitglieder sprühen wie frisch mit unechtem Volkszorn geladene Akkumulatoren Motionen in die Ratssäle. Ein Beispiel von vielen sei aus dem Zürcher Kantonsrat genannt. Die Anregung lautete: „Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die am 1. Oktober 1941 eingeführte Warenumsatzsteuer in sozialer Hinsicht ungerecht ist, weil sie die großen Familien und kleinen Lohnempfänger am stärksten trifft und vom finanziellen Standpunkt aus als Teuerungsfaktor wirkt, ist der Regierungsrat eingeladen, bei den Bundesbehörden im Sinne einer Aufhebung dieser Steuer und deren sofortiger Einstellung zu intervenieren.“ Dank der starken Haltung des Bundesrates, der sich auch eine gute Mehrheit des Nationalrates beigeplücht hat, bleibt es aber dennoch dabei: Wir steuern rote Rappen.

Die Steuer der roten Rappen ist auch durchaus erträglich. Den Konsumenten trifft sie bekanntlich mit 2 % des Verkaufspreises, während der Grossist, der eigentliche Steuerpflichtige, 3 % seines Preises abzuliefern hat. Eine Ware zu 60 Rappen heißt also — nach den Auf- und Abrundungsregeln — eine Abgabe von 2 Rappen, eine Ware zu Fr. 1.40 eine Abgabe von 3 Rappen; bei 5 Fr. Verkaufspreis stellt sich die Steuer auf 10 Rappen und so weiter. Dabei sind von der Warenumsatzsteuer große und wesentliche Kategorien von Sachen des täglichen Gebrauches ausgenommen, wie Brot, Milch, Erdäpfel, Anken, Salz, Gemüse, Zeitungen, Gas und Elektrizität, sowie die sachlichen und persönlichen Dienstleistungen. Man hat zufolge dessen bereits ausgerechnet, daß die gesamte Belastung auf den Kopf der Bevölkerung nur 10 Fr. ausmacht; ein Arbeiter mit einem Einkommen unter 3000 Franken wird sogar mit nicht einmal einem Prozent (0,8 %) Mehrausgaben betroffen. Nun darf man allerdings auch diese relativ niedrigen Zahlen nicht leicht nehmen, denn gerade die kleinen Einkommen und die großen Familien sind auf neue Ausgaben sehr empfindlich. Für den weit über-

wiegenden Großteil unserer Bevölkerung ist aber diese Steuer durchaus tragbar. Das läßt sich etwa erweisen aus der Tatsache, daß der Anzug auf Siftierung des sogenannten „Arbeitsrappens“ vor dem Basler Stadtvolk keine Gutheißung fand; jene Leute fühlen sich also trotz der Warenumsatzsteuer im Stande, auf den Franken Erwerb einen Rappen an die Stadt abzuliefern. Andererseits hat die „NZZ“ auf die Merkwürdigkeit hingewiesen — in ihren „Betrachtungen zur Kampagne gegen die Umsatzsteuer“ (Nr. 1823 u. 1826/1941) —, daß sich die Nachfrage nach Fleisch immer noch auf einem unerwünscht hohen Niveau bewege: „Diese große Nachfrage kann sicher nicht allein von den „oberen Zehntausend“ herrühren . . ., die starke Nachfrage nach Fleisch kann vielmehr nur durch eine entsprechende Beteiligung der breiten Volksschichten zu Stande kommen.“ Bedürfte es noch weiterer Beweise dafür, daß die Not wirklich nicht so groß ist, wie ihre berufsmäßigen Verkünder wahr haben wollen, so könnte man an die Vergnügungsseiten der städtischen Zeitungen und an die Konsumation von allerlei Genußmitteln erinnern. Ist somit gegen die Umsatzsteuer aus diesem Gesichtspunkte heraus nichts einzuwenden, so verstehen viele Mitbürger andererseits nicht, warum der Bundesrat nicht gerade noch zu einer fühlbaren Besteuerung des Luxus aufwande geschritten ist. Das „Journal de Genève“ gibt hier etwa die Gemeinansicht kund mit den Worten: „Tout d'abord, on ne comprendra jamais pourquoi, au lieu d'exonérer une très brève liste de denrées indispensables à la vie, le fisc fédéral a renoncé d'emblée à établir une taxe progressive, afin que les produits de luxe soient durement frappés.“ (Nr. 244/1951).

Die Steuer der roten Rappen ist auch notwendig. Weil es bis zu ihrer Einführung so lange gedauert hat — der grundsätzliche Beschluß wurde schon am 11. April 1940 gefaßt —, vergaß man fast, daß die Steuer in den Rahmen des eidgenössischen Finanzbedarfes hineingehört, so daß Bundespräsident Wetter eine Orientierung der Presse anfangs November zum Anlaß nehmen mußte, um den Kostendeckungsplan für die Mobilisation wieder in Erinnerung zu rufen. Von den 4890 Millionen Franken, welche für die Landesverteidigung bis Ende 1942 ausgegeben werden, sollen bis ebendann 1170 Millionen Franken gedeckt sein. Die Umsatzsteuer hat 54 Millionen beizutragen. Das mag einen kleinen Beitrag bilden, aber nichtsdestoweniger ist er unentbehrlich. Zum Mittel der Umsatzsteuer haben fast alle europäischen Staaten greifen müssen: Die „Bodensee-Zeitung“ erinnert daran, daß sie dort nicht nur 10 Franken auf den Kopf im Jahr ausmachte, sondern (1937) in Frankreich 29 Fr., in Österreich 34 Fr., in Belgien 39 Fr. und in Deutschland gar 63 Fr. Zugleich übt die Steuer, indem sie — wie man sagt — „überschüssige Kaufkraft abschöpft“ und dieser die Möglichkeit nimmt, sich schädlich auszuwirken, eine deflatorische Wirkung. Damit stoßen wir weiter auf die Tatsache:

Die Steuer der roten Rappen ist auch ein Kennzeichen gesunder Finanzpolitik. Schon rein gefühlsmäßig muß es einen mit Beruhigung erfüllen, daß der rote Rappen hierzulande noch etwas gilt, ja daß die eidgenössische Münze gerade jetzt in der Kriegszeit noch mehr rotes Geld ausprägt als sonst. Wäre es nicht schon viel unheimlicher, wenn nur noch mit Bagen, geschweige denn mit Franken gerechnet würde? Der rote Rappen ist die beste Gewähr dafür, daß unsere Finanzen und unsere Wirtschaft trotz ihrer starken Beanspruchung noch nicht in einen Fieberzustand geraten sind. Die Steuer hilft aber auch mit, diesen Zustand zu verhüten. Sie verteuert zwar das Leben, gewiß, aber gerade dadurch verhindert sie auch die drohende Preissteigerung beim jetzigen Warenmangel, nimmt sie doch das flüssige Geld vom Markte weg. Daß diese deflationistische Wirkung der Steuer gerade von denen übersehen wird, die sonst den Teufel der Inflation nicht schwarz genug an die Wand malen konnten, nämlich von den Linkspolitikern, ist schlechthin unverständlich; es zeugt auch nicht von gutem Willen, sondern nur von der Sucht, sich durch sofort sichtbare

Vorteilsverschaffung beim Volke beliebt zu machen. Soweit eine untragbare Kosten-erhöhung eintreten sollte, etwa bei Arbeiterfamilien und bei großen Familien, sind genug Mittel da zu deren anderweitigen Behebung. Wirkliche Beschwerden ob der Steuer bilden eine so untergeordnete Rolle, daß sie keinen Grund schaffen, die Abgabe fallen zu lassen. Das gemeinsame Tragen der Finanzlasten je nach dem Vermögen ist überdies auch das Recht und die Pflicht unserer sämtlichen vollwertigen Bürger.

Alles in Allem genommen, Seien wir froh, daß wir noch rote Kappen steuern dürfen!

Bülach, am 18. November 1941.

Walter Hildebrandt.

Kultur- und Zeitfragen

Basler Gelehrte des 19. Jahrhunderts.

Seinen „Basler Handelsherren“ und „Basler Staatsmännern“ des 19. Jahrhunderts, erschienen 1929 und 1930, hat Prof. E d u a r d H i s sieben ein weiteres Buch folgen lassen: „Basler Gelehrte des 19. Jahrhunderts“¹⁾, das mit seinen mehr als 400 Seiten nicht nur das umfangreichste von den dreien ist, sondern auch das populärste davon werden wird. Handelsherren können wohl hinsichtlich ihrer Tätigkeit für die Öffentlichkeit geschildert werden; zu ihren privatwirtschaftlichen Erfolgen dagegen, welche gerade bei den auf diesem Gebiete Erfolgreichsten oft am meisten Interesse erwecken, vermöchten nur ihre engsten Mitarbeiter den Schlüssel zu liefern, und diese schreiben in der Regel nicht. Staatsmänner aber, namentlich von vornehmlich kantonaler Bedeutung, verschwinden in der Regel bald nach ihrem Tode aus dem Gedächtnis schon ihrer Zeitgenossen. Anders Gelehrte, deren Werke, auch wenn sie veralten, in die Wissenschaft eingegangen sind und gelegentlich immer wieder hervorgeholt werden. Namentlich aber bringt sie ihre Lehrtätigkeit mit einer ganzen Reihe von Studentengenerationen in eine viel engere Berührung, als zwischen der Öffentlichkeit und wirtschaftlichen und politischen Größen zu bestehen pflegt, so daß sie auch viel lebendiger in der Erinnerung wenigstens ihrer Schüler fortleben.

Natürlich konnte der Verfasser nicht sämtliche Universitäts-Professoren des 19. Jahrhunderts behandeln, — weist doch z. B. das derzeitige Vorlesungs-Verzeichnis mehr als 200 Dozenten auf —, sondern nur eine Auslese. Zwar trifft es kaum zu, daß die seinige nur „die bedeutendsten und interessantesten Köpfe“ umfaßt, wie an einer Stelle gesagt wird, da sich auch Durchschnittsgelehrte darunter befinden, während andere namhaftere nicht erwähnt sind. Aber eine Auswahl hängt immer mehr oder weniger vom subjektiven Urteil ab, sodaß man dem Verfasser dankbar sein muß, daß er wenigstens ungefähr 70 Gelehrte behandelt, von denen man keinen missen möchte.

Der jedem Einzelnen gewidmete Abschnitt enthält in der Regel einige biographische Notizen, eine Übersicht über seine wissenschaftliche Tätigkeit und einen Hinweis auf spezielle Verhältnisse, z. B. Verdienste um das öffentliche Leben im allgemeinen u. c. Eine willkommene Zugabe sind die beigegebenen Photographien, darunter vier von Basler Professoren in der feierlichen deutschen Amtstracht als Rektoren von Berlin, Leipzig, Göttingen und Münster.

¹⁾ Verlag Benno Schwabe & C., Basel 1941.